

PRESSEINFORMATION



29. Juli 2008

57 / 2008

Baaske zum Verbot des „Schutzbundes Deutschland“

Keine Samthandschuhe für Rechtsextremisten

Potsdam. SPD-Fraktionschef Günter Baaske hat heute die Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes zum Verbot des rechtsextremistischen „Schutzbundes Deutschland“ begrüßt. In diesem Zusammenhang sprach er sich nachdrücklich für einen „Demokratie-Check“ aus.

Baaske lobte das konsequente Vorgehen des Innenministers im Kampf gegen rechtsextremistische Vereinigungen. „Rechtsextreme dürfen wir nicht mit Samthandschuhen anfassen. Wer – wie der ‚Schutzbund‘ – sein Programm klar an der NSDAP orientiert, hat in unserer Demokratie nichts zu suchen. Es ist deshalb auch richtig, dass diese Vereinigung ihre kommunalen Mandate verliert“, so Baaske. „Die Demokratie muss wehrhaft sein und mit dem scharfen Schwert des Rechtsstaates verteidigt werden.“

Der SPD-Fraktionschef sprach sich ferner für einen vorgelagerten Demokratie-Check für direkt gewählte Bürgermeister und Landräte aus. Ähnlich wie in Mecklenburg-Vorpommern sollten Kandidaten für diese kommunalen Ämter bereits vor der Wahl bezeugen, dass sie für Demokratie und Verfassung stehen. „Wer die Demokratie bekämpft, soll nicht für eine demokratische Wahl antreten dürfen. Er könnte nach der Wahl sowieso nicht als kommunaler Wahlbeamter vereidigt werden. Die Wähler sollen vor der Wahl wissen, woran sie sind,“ begründet Baaske seinen Vorstoß.

Durch das mit der Entscheidung des Bundesverwaltungsgerichtes rechtskräftig gewordene Verbot des ‚Schutzbundes‘ verlieren seine Mitglieder ihre kommunalen Mandate.